

Geschäftsbericht 2010



SELBSTHILFE
Pensionskasse der Caritas VVaG

Inhalt

5	Organe der Gesellschaft
6	Lagebericht
17	Bilanz
21	Gewinn- und Verlustrechnung
25	Anhang
26	Erläuterungen
36	Bestätigungsvermerk
37	Bericht des Aufsichtsrates
39	Anlagen
42	Überschussverwendung



Organe der Gesellschaft

► Vertreterversammlung

Karl-Heinz Beckstedde, Münster
Peter Braun, Bad Mergentheim
Karl-Heinz Bunjes, Bersenbrück
Marion Damm, Dresden
Rainer Eckmaier, Bamberg
Dr. Antonia Ehring, Leverkusen
Bruno Ehring, Wesseling
Liselotte Eisenbart, Schwalbach
Günter Fuchs, Bad Driburg
Klaus Grosche, Meschede
Franz-Josef Hartmann, Bad Driburg
Franz Hutter, Pfünz
Karl-Heinz Käfer, Steinmauern
Herbert Knoche, Schmalleberg
Gerhard Krane, Lippetal
Maria Kurz, Stuttgart
Helmut Latz, St. Ingbert
Ludger Mürer, Münster
Josef Müller, Beckingen
Christa Nowakiewitsch, Freiburg/Br.
Hildegard Rupp, Schwalbach
Josef Schmitz-Elsen, Bonn
Gisela Sträter, Freiburg/Br.
Michael Süßmilch, Wermsdorf
Gabriela Tonn, Berlin
Ferdinand von der Heiden, Schweich
Peter Walter, Willich
Norbert Wemhoff, Georgsmarienhütte
Dr. Klaus Werdermann, Mönchengladbach
Hubert Wittstamm, Aachen

► Aufsichtsrat

Peter Wemhoff,
Verwaltungsdirektor i. R.,
Starnberg,
Vorsitzender

Thomas Vortkamp,
Dipl.-Kaufmann,
Gundelfingen,
Stellvertretender Vorsitzender

Harry Buchstein,
Verwaltungsdirektor,
Arnsberg

Renate Heinzmann,
Kinderkrankenschwester,
Freiburg/Br.

Alfons Neumann,
Caritasdirektor,
Wittenförden

Herbert Schäffer,
Dipl.-Verwaltungswirt,
Paderborn

Stefan Sendker,
Bilanzbuchhalter,
Münster

► Vorstand

Christof Heinrich,
Dipl.-Mathematiker, Aktuar DAV, Ertstadt *
(Vorsitzender)

Michael Wrobel,
Versicherungsfachwirt, Köln *

Dirk Puspas,
Dipl.-Betriebswirt,
Steuerberater, Köln

Willy Schmitz,
Betriebswirt, Dresden

* geschäftsführende Vorstandsmitglieder

► Treuhänder

Michael Rudolph,
Dipl.-Volkswirt, Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater, Bornheim

► Stellvertretender Treuhänder

Dr. Heinz-Joachim Koch,
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater,
Bornheim

► Verantwortlicher Aktuar

Prof. Dr. Klaus Heubeck, Köln

► Abschlussprüfer

a x i s Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Köln

Lagebericht

Der Vorstand der SELBSTHILFE Pensionskasse der Caritas VVaG legt hiermit den Lagebericht über das Jahr 2010, das 58. Geschäftsjahr der Pensionskasse, sowie die Jahresbilanz zum 31. 12. 2010 und die Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01. 01. bis 31. 12. 2010 einschließlich Anhang vor.

Die SELBSTHILFE ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 53 VAG; Geschäftsgebiet ist die Bundesrepublik Deutschland.

Die SELBSTHILFE wurde im Jahre 1952 gegründet; sie hat ihre Geschäftstätigkeit zum 10. 03. 1953 aufgenommen.

Zweck des Vereins ist es, den bei ihm versicherten Mitgliedern nach Maßgabe der Satzungsbestimmungen folgende Leistungen zu gewähren:

- a) eine Altersrente,
- b) eine Rente bei Erwerbsminderung,
- c) eine Witwen-, Witwer- und Waisenrente für die Hinterbliebenen eines im entsprechenden Tarif versicherten Mitgliedes,
- d) ein Sterbegeld.

Weitere Versicherungszweige werden nicht betrieben.

Versicherungsfähig sind alle jetzigen und früheren Mitarbeiter aus den Einrichtungen der Deutschen Caritas und der katholischen Kirche sowie deren Angehörige und die Mitglieder der Ordensgemeinschaften.

Versicherungsgeschäfte gegen festes Entgelt ohne Begründung einer Mitgliedschaft werden nicht getätigt.

Betriebliche Altersversorgung (bAV) – Stabile Säule auch in Krisenzeiten

Das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit steigt vor allem in Krisenzeiten, nicht nur in Bezug auf das spätere Alterseinkommen, sondern auch im Hinblick auf die Verwendung ihrer Anlagebeträge. Der deutliche Rückgang im Nettomittelaufkommen bei Anlageformen der höheren Risikoklassen (z. B. Aktienfonds) zeigt, dass unverändert Fragen nach Kapitalerhalt und höchstmöglicher Sicherheit im Vordergrund stehen. Die bAV ist aufgrund ihrer sicherheitsorientierten Anlagevorschriften die „geborene“ Lösung für diese Anforderungen. Das Geschäftsmodell der Pensionskasse der Caritas, das aufgrund seiner kostengünstigen Struktur hohe Garantieleistungen erbringt, kann sich daher auch in schwierigen Zeiten behaupten.

Für die Sparte der betrieblichen und privaten Altersversorgung war 2010 dennoch kein einfaches Jahr. Nach ersten Branchenmeldungen ist das Neugeschäft in der Lebensversicherung erneut stark von Abschlüssen gegen Einmalbeitrag geprägt. Dieses Geschäft birgt jedoch spezifische Risiken, die die SELBSTHILFE bewusst vermieden hat.



Das Neugeschäft der Kasse konnte nach der Anzahl der neuen Versicherungsverträge gegenüber dem Vorjahr um gut 25 % gesteigert werden, die gebuchten Beitragseinnahmen liegen auf Vorjahresniveau.

Der erfreuliche Neuzugang wurde unter anderem durch die gute Zusammenarbeit mit unseren unabhängigen Beratungspartnern (Maklervertrieb) unterstützt. Der neue Vertriebsweg ermöglicht überdies, den Mitgliederservice auf eine breitere Basis zu stellen. In Verbindung mit der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Kasse konnte in 2010 ein weiterer Anstieg der Nachfrage nach Pensionskassenlösungen erzielt werden.

Der Handlungsbedarf für Maßnahmen der betrieblichen Altersversorgung wird auch in Zukunft zunehmen, nachdem die Gesetzliche Rentenversicherung nur noch eine Grundsicherung darstellen kann. Die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre führt de facto zu einer weiteren Kürzung der Sozialrenten. Eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung im Rahmen der Entgeltumwandlung und weitere Vorsorgemaßnahmen müssen daher unverzichtbare Bausteine der individuellen Alterssicherung der Bundesbürger werden. Nur auf diesem Wege kann eine ausreichende Altersversorgung, die deutlich über dem Sozialhilfeniveau liegt, gesichert werden.

Nach dem jüngsten Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 01. 03. 2011 dürfen Versicherer in ihrer Beitragskalkulation nicht mehr zwischen Männern und Frauen unterscheiden. Die Tarife der SELBSTHILFE zeichnen sich durch ihre Unisex-Eigenschaft aus, sofern neben der Altersrente auch vorzeitige Risiken (Erwerbsminderung und Todesfall) versichert werden. Dies bedeutet, dass die Tarife mit Rundum-Versicherungsschutz schon heute dem Lohnleichheitsgrundsatz nach Artikel 141 EG-Vertrag genügen und somit auch in dieser Hinsicht mögliche Risiken der Arbeitgeber minimieren. Für Tarifkombinationen ohne Unisex-Eigenschaft ist eine Änderung der Kalkulation zum 01. 01. 2012 vorgesehen.

► 1. Vorgänge von besonderer Bedeutung

- **1.1** Die Vertreterversammlung 2010 hat beschlossen, zum 01. 01. 2011 eine Erhöhung der Renten und Anwartschaften durch Überschussverwendung vorzunehmen, wie in der Anlage 2 zum Anhang detailliert dargestellt. Durch die Verwendung ausschließlich ungezillmerter, also nicht mit Abschlusskosten belasteter Tarife steht von Vertragsbeginn an ein positiver Zinsträger zur Verfügung. Damit erzielt die Überschussverwendung bei der SELBSTHILFE einen materiell höheren Wert als der gleiche Überschusssatz bei gezillmerten Tarifen, die in den ersten Jahren nur ein geringes Vertragsguthaben entwickeln.
- **1.2** Die Kapitalmärkte kommen auch zwei Jahre nach Ausbruch der weltweiten Finanzmarktkrise nicht zur Ruhe. Das dauerhafte Niedrigzinsniveau, Schuldenkrise und Haushaltsdefizite in den Euroländern dominieren die Schlagzeilen. Die Eurokrise verunsichert Anleger, die eher damit rechnen, dass ein Staat seine Schulden nicht zurückzahlen kann, als dass es in Europa zu Kreditausfällen bei großen Konzernen kommt. Es ist ein Novum, dass sich Unternehmen teilweise günstiger an den Kapitalmärkten refinanzieren können als Staaten. Nach dem Renditeanstieg der Bundesanleihen gelten deutsche Vorzeigekonzerne als risikoärmer. Wünschenswerte Rahmenbedingungen für das Pensionsmanagement sehen anders aus, aber gerade in schwierigen Zeiten zeigen sich Stabilität und damit Zuverlässigkeit eines risikominimierten

Geschäftsmodells. Die SELBSTHILFE hat mit ihrer sicherheitsorientierten Anlagestrategie die für die betriebliche Altersversorgung angemessene Weichenstellung vorgenommen.

- ▶ **1.3** Die europäischen Aktienmärkte erlitten in der ersten Jahreshälfte 2010 deutliche Kursrückschläge, konnten sich im weiteren Jahresverlauf aber teilweise wieder erholen. Zum Jahresultimo notierte der EURO STOXX 50 knapp 7 % unterhalb des Indexstandes zum Jahresanfang. Im Bereich der festverzinslichen Anlagen bewegte sich die Umlaufrendite in einer Bandbreite zwischen 1,8 % und 3,0 %, zum Jahresschluss lag sie bei 2,5 %. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen lag im Berichtsjahr zwischen 2,1 % und 3,0 %. In der Eurozone wird für das kommende Jahr eine Inflationsrate im Jahresdurchschnitt von etwa 2 % erwartet, so dass auch im Ausblick für 2011 nicht von einer signifikanten Wende in der Zinspolitik der EZB auszugehen ist.

- ▶ **1.4** Die Wertsicherung für das Aktiensegment des PKC-Masterfonds hat sich auch in 2010 bewährt, die festgelegte Wertuntergrenze ist zu jedem Zeitpunkt erfolgreich verteidigt worden. Die hohe Volatilität der Aktienmärkte hat allerdings die Entwicklung der Ertragsseite des Sondervermögens berührt. Durch Kursrückschläge werden vorhandene Risikobudgets verbraucht, spätere Kurserholungen werden im Interesse des Substanzerhalts für Ausschüttungen jedoch erst dann verwendet, wenn der Zeitwert des Anteilspreises seinen ursprünglichen Buchwert erreicht hat. Damit stehen in diesen Marktphasen trotz Kurserholung ausschließlich die ordentlichen Nettoerträge zur Ausschüttung an.

Kapitalanlagegesellschaft und Depotbank liefern auch hierzu umfangreiche Analyse- und Simulationswerkzeuge für den Masterfonds und den gesamten Kapitalanlagebestand der Kasse. Die SELBSTHILFE verfügt somit über ein modernes Risikomanagement im Bereich der Kapitalanlagen.

Die SELBSTHILFE hält zum 31. 12. 2010 Anteile am Immobilienfonds CS EUROREAL. Die verwaltende KAG hat den Fonds zum 20. Mai 2010 zunächst für drei Monate geschlossen und die Schließung im August 2010 um weitere neun Monate ausgedehnt. Da die KAG bis zur Erstellung des Geschäftsberichtes keine Änderung der Werthaltigkeit des Immobilienportfolios veröffentlicht hat und der Fonds weiterhin Mittelzuflüsse (Ausgabepreis der KAG per 12. 04. 2011: 62,16 €) verzeichnet, besteht kein Anlass für eine Wertberichtigung. Der Ausgabepreis zum 12. 04. 2011 liegt oberhalb des Buchwertes der Anteile bei der SELBSTHILFE.

- ▶ **1.5** Mit zahlreichen Veröffentlichungen in der Fachpresse und Veranstaltungen in den Einrichtungen der Deutschen Caritas hat sich die SELBSTHILFE zu aktuellen Themen der gesetzlichen und betrieblichen Altersversorgung geäußert. Durch das ausgezeichnete Preis-Leistungs-Verhältnis erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Kirche und Caritas sowie deren Angehörige eine in Deutschland einzigartig günstige Möglichkeit der betrieblichen und privaten Altersversorgung. Zugleich wird hiermit eine wichtige Orientierung für die Anlage der Eigenbeiträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Entgeltumwandlung gegeben.

- ▶ **1.6** Die Zeitschrift ÖKO-TEST hat in ihrer Ausgabe 9/2010 betriebliche Kombitarife von 23 Direktversicherungen und Pensionskassen untersucht. Bei einem betrieblichen Kombitarif kann der Vorsorgesparer neben dem Aufbau einer zusätzlichen Altersrente gleichzeitig den Verdienstausschlag bei Invaldität

absichern. Gleich mit vier Bestbewertungen hat die Zeitschrift ÖKO-TEST das Angebot der SELBSTHILFE ausgezeichnet. Die hervorragenden Bewertungen verdankt sie vor allem ihren hohen garantierten Altersrenten, die deutlich über dem Durchschnitt des Marktes liegen.

- ▶ **1.7** Mit Einführung des Maklervertriebs konnten die Beratung vor Ort in den Einrichtungen und der Mitgliederservice der Kasse deutlich erweitert werden. Die Möglichkeiten für einen ganzheitlichen Beratungsansatz sind entsprechend erweitert worden. Erste Einführungsprojekte im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung durch Entgeltumwandlung sind bereits umgesetzt worden.

▶ 2. Bericht über Risiken und Chancen

Nach den gesetzlichen Bestimmungen gelten für den kleineren Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 53 VAG bezüglich der Umsetzung des KonTraG gewisse Erleichterungen. Unabhängig hiervon werden im Interesse einer kontinuierlichen und sicheren Geschäftsentwicklung der SELBSTHILFE mögliche Risiken der künftigen Entwicklung in die strategischen Entscheidungsprozesse einbezogen. Durch Änderungen in den Umfeldbedingungen können sich insbesondere Marktrisiken, Anlagerisiken, politische, technisch-organisatorische sowie biometrische Risiken ergeben.

- ▶ **2.1 Versicherungstechnische Risiken** können aus der Gefahr zufällig eintretender höherer Leistungsaufwendungen (Zufallsrisiko) und der Gefahr der Änderung biometrischer, ökonomischer und gesetzlicher Rahmenbedingungen (Änderungsrisiko) resultieren. Diesen Risiken wird durch Bildung ausreichender Rückstellungen (insbesondere Deckungsrückstellung) und des Eigenkapitals sowie der planmäßigen Analyse des Risikoverlaufs begegnet. Der Risikoverlauf im Gesamtbestand ist günstiger als in den geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen kalkuliert.
- ▶ **2.2 Kostenrisiken** können durch ineffiziente Verwaltung, unzureichend ausgebildete und/oder unzufriedene Mitarbeiter sowie veraltete IT-Systeme entstehen. Darüber hinaus entstehen Kostenrisiken durch externe (z. B. gesetzgeberische) Vorgaben, die in der Regel keine Kostenerstattung für die Versicherungsunternehmen vorsehen (Beispiele: Rentenbezugsmitteilung, elektronisches Meldeverfahren an die Krankenkassen, Anforderungen an das Risikomanagement, aufsichtsrechtliche Ausweitung der Berichtspflichten). Durch einsatzbereite und qualifizierte Mitarbeiter, die durch ein leistungsfähiges und zukunftsicheres EDV-Vertragsverwaltungssystem (Inbetriebnahme 2010) unterstützt werden, wird das Risiko ineffizienter Verwaltung und damit das **Kostenrisiko** minimiert. Für die Verwaltung der Kapitalanlagen wurde im Jahr 2010 ebenfalls ein modernes Verwaltungssystem erworben. Gleiches ist geplant für die Bereiche Rechnungswesen, Grundbesitzverwaltung und Risikomanagement.
- ▶ **2.3 Provisionsrisiken** entstehen im Wesentlichen durch Frühstorno bei Einsatz gezippter Tarife und den damit verbundenen möglichen Verlusten aus diskontierten, aber noch nicht verdienten Abschlussprovisionen. Das Geschäftsmodell der SELBSTHILFE weicht hinsichtlich Produktgestaltung, Vertragsverwendung und Vermittlervergütung von den in der gewerblichen Lebensversicherung üblichen Gegebenheiten ab. Verträge der betrieblichen Altersversorgung werden für einen längeren Zeithorizont eingerichtet, so dass Beratungsbedarf nicht nur bei Vertragsabschluss, sondern über die gesamte Laufzeit sicherzustellen ist. Daher hat sich die SELBSTHILFE hinsichtlich der Vermittlervergütung gegen das

System der Abschlussprovision entschieden und kalkuliert eine laufende Courtage für Vermittlung und Beratung. Bei Pensionskassen handelt es sich überwiegend um Maßnahmen der betrieblichen Altersversorgung (bAV), die im Vergleich zur privaten Lebensversicherung nur in Ausnahmefällen vorzeitig beendet werden. Überdies ist nach den Vorschriften des Betriebsrentengesetzes eine Verfügung während der Dauer des Dienstverhältnisses und bei Ausscheiden des Mitarbeiters nach Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Unverfallbarkeit ausgeschlossen. Soweit eine betriebliche oder freiwillige Versicherung nicht beitragspflichtig weitergeführt wird, endet nach dem Vergütungssystem der Kasse der Anspruch des Vermittlers auf laufende Courtage. Es gilt das Prinzip, dass die Courtage dem Schicksal der Prämie folgt. Verluste aus nicht verdienten Abschlussprovisionen sind damit ausgeschlossen.

- ▶ **2.4 Kapitalanlagerisiken** können sich sowohl aus Kurs- und Zinsrisiken als auch aus Adress-Ausfallrisiken ergeben, die laufend überwacht werden. Regelmäßig erstellte Asset-Liability-Studien stellen die Risiko-Rendite-Struktur bezogen auf die künftigen Verpflichtungen fest. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften sind die Kapitalanlagen unter den Kriterien möglichst großer Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung anzulegen.

Asset-Liability-Studien werden derzeit alle zwei Jahre erstellt. Untersuchungsgegenstände dieser Studien sind:

- die optimale Struktur der Kapitalanlagen in Abhängigkeit von den künftigen Leistungen der Pensionskasse zu finden,
- die Wahrscheinlichkeit zu ermitteln, eine vorgegebene Gesamtverzinsung und die damit verbundene Überschussbeteiligung zu erzielen,
- den Aufbau der gesetzlichen Eigenmittelanforderungen zu planen (Solvabilität) und damit die Wahrscheinlichkeit eines Sanierungsfalles zu minimieren.

Die nächste Asset-Liability-Studie wird im Sommer 2011 gefertigt.

- ▶ **2.5** Die Ergebnisse der letzten Studie bestätigen die Strategie der Kasse zur Fortsetzung der Diversifikation der Anlagearten. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften sind die Kapitalanlagen unter den Kriterien der möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung angelegt. Die Aufstellung der Emittentenstruktur nach Gruppen und Volumen im Direktbestand findet sich in den Erläuterungen im Anhang zu Aktiva B. III.

Die SELBSTHILFE erfüllt die gesetzlichen Solvabilitätsanforderungen. Die Bedeckung der Solvabilitätsspanne erfolgt vollständig durch explizite, d. h. in der Bilanz ersichtliche Eigenmittel (Verlustrücklage und freie RfB).

- ▶ **2.6** In zunehmendem Maße entstehen zum Teil erhebliche **Planungsrisiken** durch jährlich wechselnde – zum Teil rückwirkend geltende – regulatorische Vorgaben sowie die in immer kürzeren Abständen sich ändernde Steuer- und Sozialgesetzgebung.
- ▶ **2.7 Produktrisiken** entstehen durch die Verwendung von Tarifen, die für den Einsatz in der betrieblichen Altersversorgung schlecht geeignet sind. Durch Einsatz von Tarifen mit Unisex-Eigenschaft, die



überdies nicht mit Abschlusskosten belastet sind (ungezillmerte Tarife), werden Produktrisiken minimiert. Die Tarife entsprechen nach heutigen Erkenntnissen überdies dem Lohnleichheitsgebot für Männer und Frauen gemäß Artikel 141 EG-Vertrag.

- ▶ **2.8 Marktrisiken** resultieren aus konkurrierenden Produkten und der Entwicklung der unterschiedlichen Alterssicherungssysteme in unserem Geschäftsbereich.

- ▶ **2.9** Im Laufe des Berichtsjahres und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses sind für die SELBSTHILFE keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar geworden. Die künftige **Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage** wird mittelfristig bestimmt durch die Kapitalerträge und die Beitragsentwicklung, die sich aufgrund der Gewinnung neuer Mitglieder und Einrichtungen sowie die Gehaltsentwicklung und Einstellungspolitik bei den bestehenden Einrichtungen (Arbeitgebern) ergibt. Aufgrund des Geschäftsmodells verfügt die SELBSTHILFE über regelmäßige Einnahmen, Beiträge, Rückflüsse und Zinszahlungen, demgegenüber stehen Zahlungen für Versicherungsfälle (Renten, Sterbegelder etc.). Durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung ist eine jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt.

- ▶ **2.10 Chancen:** Die im Zusammenhang mit dem Alterseinkünftegesetz verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen und die fortgeltende Freiheit von Sozialversicherungsbeiträgen in der betrieblichen Altersversorgung durch Entgeltumwandlung werden die Attraktivität des Durchführungsweges Pensionskasse in ihrer klassischen, nichtgewerblichen Ausprägung weiter fördern. Auch im Bereich von Kirche und Caritas sollten die guten Testergebnisse die Wahrnehmung der Pensionskasse verbessern, zumal gewerbliche Anbieter in diesem Bereich meist Produkte anbieten, die den arbeitsrechtlichen Anforderungen in der betrieblichen Altersversorgung nicht genügen.

Vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung der Rechtsprechung auf dem Gebiet des Arbeitsrechts werden für Produkte der klassischen Pensionskasse in der Rechtsform des VVaG (keine Zillmerung, bereits heute Tarife mit Unisex-Eigenschaft in der Ausprägung mit Rundum-Versicherungsschutz) gegenüber den Angeboten der gewerblichen Versicherungswirtschaft, die diese Produktvorteile überwiegend nicht bieten, zunehmend größere Marktchancen gesehen.

Die Absenkung des Höchstrechnungszinses zum 01.01.2012 auf 1,75 % wird das Neugeschäft in 2011 potenziell steigern. Diese Änderung kann erfahrungsgemäß im Folgejahr 2012 zu einer geringeren Neugeschäftsentwicklung führen, weil geplante Vorsorgemaßnahmen in 2011 vorgezogen worden sind.

Der neue Vertriebsweg wird den Mitgliederservice der Kasse auf eine breitere Basis stellen. Der Ausbau der Zusammenarbeit mit neuen unabhängigen Beratungspartnern wird die Neugeschäftsentwicklung weiter unterstützen. In Verbindung mit der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Kasse konnte bereits in 2010 eine deutliche Steigerung des Neuzugangs von Pensionskassenlösungen erzielt werden.

Für weitergehenden Versorgungsbedarf oberhalb des steuerlichen Förderrahmens der Pensionskasse bietet die SELBSTHILFE in Kooperation mit ihrer Schwestergesellschaft, der Kölner Pensionskasse VVaG, alternative Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung an. Dazu zählen insbesondere Versorgungslösungen zur Rückdeckung von Direktzusagen und Unterstützungskassenzusagen.

► 3. Geschäftsverlauf

► 3.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurden 704 (Vorjahr: 562) neue Versicherungsverträge abgeschlossen.
In 55 Fällen (Vorjahr: 74) wurde das Versicherungsverhältnis durch das Mitglied gekündigt.

► 3.2 Entwicklung des Versichertenbestandes

Die Anzahl der Versicherungsverträge hat sich im Geschäftsjahr erhöht.
Der Bestand teilt sich auf in Anwärter und Rentner wie folgt:

	31. 12. 2010	31. 12. 2009
Anwärter	13.327	12.892
Rentner	10.251	10.380
Gesamt	23.578	23.272

In der Anlage 1 zum Lagebericht ist der Gesamtbestand und seine Entwicklung im Jahr 2010 dargestellt.

► 3.3 Beitragseinnahmen

Die gebuchten Beitragseinnahmen entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

	2010 €	2009 €
Beiträge	8.133.061,69	8.159.316,13

► 3.4 Versicherungsleistungen

a) Versicherungsfälle (ohne Regulierungsaufwendungen)

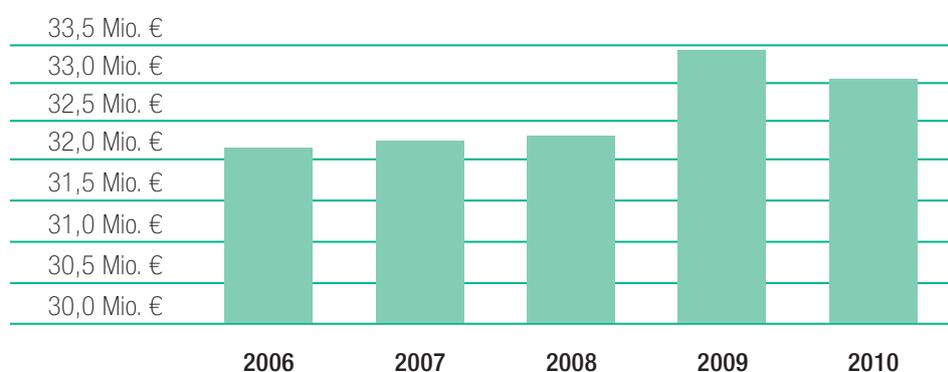
Für Versicherungsfälle entstanden dem Versicherungsverein im Berichtsjahr folgende Aufwendungen:

	2010 €	2009 €
Renten	32.766.830,97	33.097.774,97
Sterbegelder	328.192,11	369.397,17
Gesamt	33.095.023,08	33.467.172,14

- b) Beitragserrstattungen (ohne Regulierungsaufwendungen)
Ausgeschiedenen Mitgliedern waren Beiträge zu erstatten:

	2010 €	2009 €
Erstattungsleistungen	119.282,02	369.932,78

Versicherungsleistungen in Mio. €



► 3.5 Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen haben sich im Geschäftsjahr 2010 entwickelt wie folgt:

	€
Stand 31. 12. 2009	591.798.554,01
Zugänge 2010*	43.167.151,48
Abgänge 2010	49.143.039,18
Abschreibungen in 2010	1.406.812,73
Stand 31.12.2010	584.415.853,58

* siehe Hinweis im Anhang B I.

In Anlage 1 zum Anhang sind die einzelnen Anlageposten und ihre Entwicklung in 2010 detailliert dargestellt. Der Rückgang der Kapitalanlagen um € 7.382.700,43 entspricht einer Veränderung um 1,26 %. Das Kassenvermögen ist nach den Erfordernissen von Sicherheit, Rentabilität, Liquidität und Streuung angelegt. Der überwiegende Teil der Neuanlagen erfolgte in Investmentanteilen sowie in Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen.

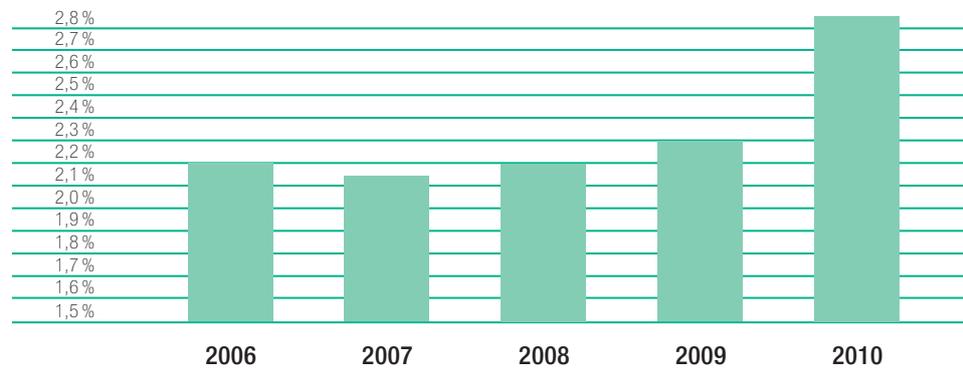
Für Teile der Kapitalanlagen (Investmentanteile) wurde das Wahlrecht zur Qualifizierung als dauerhaftem Geschäftsbetrieb gewidmet ausgeübt.

Das Ergebnis der Kapitalanlagetätigkeit beträgt nach Abzug der Aufwendungen € 19.141.062,26, was einer Nettoverzinsung von 3,3 % entspricht.

► 3.6 Verwaltungskosten

Die im Berichtsjahr auf die Verwaltung der Versicherungsverträge der Anwärter und Rentner entfallenden Verwaltungskosten (inkl. Aufwendungen für Versicherungsfälle) von € 1.202.698,10 liegen bei 2,86 % der Summe aus Beiträgen und Leistungen.

Verwaltungskosten in Prozent



► 3.7 Geschäftsergebnis

Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit beträgt € -186.405,34 und wird mit der Verlustrücklage verrechnet.

► 4. Ausblick

Die bisher vorliegenden Ergebnisse lassen für 2011 eine im Rahmen der wirtschaftlichen und rentenpolitischen Gesamtsituation liegende, insgesamt zufriedenstellende Entwicklung erwarten.

Die Weltwirtschaft hat sich von der Krise der Jahre 2008/2009 erholt. Für die westlichen Volkswirtschaften haben sich die Wachstumsaussichten weiter verbessert. Die Wirtschaft der Schwellenländer wächst weiter kräftig. Der Euroraum bleibt wirtschaftlich gespalten. Auf der einen Seite steht das im Export starke Deutschland, auf der anderen Seite stehen Länder, die mit ihren Staatsschulden und problematischen Immobilienmärkten zu kämpfen haben. Die hierdurch entstehenden wirtschaftlichen Spannungen wird die Politik möglicherweise durch einen Umbau des Euroraums in Richtung Transfer-Union lösen.

In der Geldpolitik werden für 2011 keine großen Zinsschritte erwartet. Die Fed wird die Liquidität in den Märkten voraussichtlich weiter hoch halten und die Leitzinsen frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2011 moderat anheben. Die EZB hat bereits am 7. April 2011 den Leitzins wie erwartet auf 1,25 % erhöht.

Aufgrund besserer Konjunkturdaten sollten in den nächsten zwölf Monaten die Renditen weiter ansteigen, ein positives Signal für künftige Neuanlagen der Kasse.

Die Neugeschäftsentwicklung der SELBSTHILFE wird im Geschäftsjahr 2011 durch die sich weiter aufbauende Zusammenarbeit mit unseren unabhängigen Beratungspartnern (Maklervertrieb) unterstützt. Die zusätzlichen Kapazitäten ermöglichen überdies einen intensiveren Mitgliederservice vor Ort. Für die Kasse werden sich somit weitere Perspektiven für die Gewinnung neuer Mitglieder eröffnen.

Der Vorstand geht von einem positiven Jahresergebnis aus.

Köln, den 15. April 2011

Der Vorstand der SELBSTHILFE
Pensionskasse der Caritas
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Christof Heinrich

Michael Wrobel

Dirk Puspas

Willy Schmitz

E, R, N,

L₂ F₃ E₁

R₁ E₁ N₁ T₂ E₁

G₂ E₁ L₂ T₂

U₁ M₃ W₂ A₁ N₁ D

V₁

L₂ U₁ N₁ G₂

Jahresabschluss 2010

Bilanz zum 31. Dezember 2010

Bilanz

Aktiva

Anhang

31.12.2010

2009

	€	€	€	€	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände:				893.283,00	730
B. Kapitalanlagen:					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			17.453.190,34		17.893
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen:					
1. Beteiligungen	477.175,00				477
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>950.000,00</u>		1.427.175,00		<u>700</u> 1.177
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		412.588.385,45			413.576
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		292.102,79			372
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	53.500.000,00				15.500
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>86.800.000,00</u>				<u>116.850</u>
		140.300.000,00			132.350
4. Einlagen bei Kreditinstituten		12.325.000,00			26.400
5. Andere Kapitalanlagen		<u>30.000,00</u>			<u>30</u>
			565.535.488,24		<u>572.728</u>
				584.415.853,58	591.798
C. Forderungen:					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer			201.029,81		242
II. Sonstige Forderungen			<u>4.895.362,49</u>		<u>5.369</u>
				5.096.392,30	5.611
D. Sonstige Vermögensgegenstände:					
I. Sachanlagen und Vorräte		289.066,92			273
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1.333.740,20			1.034
III. Andere Vermögensgegenstände		<u>2.561.936,94</u>			<u>2.486</u>
				4.184.744,06	3.793
E. Rechnungsabgrenzungsposten:					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		2.749.240,45			2.924
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>24.988,84</u>			<u>88</u>
				<u>2.774.229,29</u>	<u>3.012</u>
				597.364.502,23	604.944

Gemäß § 73 VAG wird bestätigt, dass die für die Bedeckung der in der Jahresbilanz eingestellten Deckungsrückstellung erforderlichen Kapitalanlagen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt sind.

Köln, den 15. April 2011, Michael Rudolph, Treuhänder

Passiva

Anhang

31.12.2010

2009

	€	€	€	Tsd. €
A. Eigenkapital:				
I. Gewinnrücklagen:				
Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		7	28.193.697,18	28.380
B. Versicherungstechnische Rückstellungen:				
I. Deckungsrückstellung		8		
1. Bruttobetrag	563.149.941,21			567.828
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			-1
	563.149.941,21			567.827
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	305.552,31	9		476
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitrags- rückerstattung	3.098.104,62	10		6.208
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	10.992,78			11
			566.564.590,92	574.522
C. Andere Rückstellungen:				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	234.371,00	11		207
II. Sonstige Rückstellungen	343.020,15			383
			577.391,15	590
D. Andere Verbindlichkeiten:				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	79.974,92			238
2. Versicherungsvermittlern	1.062,14			0
II. Sonstige Verbindlichkeiten	1.908.799,20	12		1.160
			1.989.836,26	1.398
E. Rechnungsabgrenzungsposten:		13	38.986,72	54
			597.364.502,23	604.944

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11 c in Verbindung mit § 118 b Abs. 5 Satz 2 VAG ist die Deckungsrückstellung nach den zuletzt am 11.04.2011 genehmigten Geschäftsplänen berechnet worden.

Köln, den 15. April 2011, Prof. Dr. Klaus Heubeck, Verantwortlicher Aktuar

ALTERSVERSORGUNG



Der Spagat zwischen Beruf und Familie und die Auswirkungen auf die Rente

Nur für
Mitarbeiter
von Kirche und
Caritas und deren
Angehörige

Rund 40 % der Frauen machen sich große Sorgen, wenn es um ihre eigene Altersversorgung geht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Infratest (Herbst 2009). Sehr stark zugenommen hat die Angst vor finanziellen Einbußen im Ruhestand insbesondere bei jungen Frauen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Rund ein Fünftel der Frauen vertrauen bei ihrer Alterssicherung überwiegend auf die gesetzliche Rentenversicherung. Nur die Hälfte der Befragten räumt dem Sparen für die Rente einen hohen Stellenwert ein.

Wunsch und Wirklichkeit

Die gesetzliche Rentenversicherung sichert den Lebensstandard im Alter nicht mehr ab, sondern ist bis zum Jahr 2030 auf dem Weg zu einer Grundversorgung. Die arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente kann die dadurch entstehenden Versorgungslücken nicht schließen. Um eine ausreichende finanzielle Versorgung im Alter zu gewährleisten, ist eine zusätzliche betriebliche und private Altersversorgung für alle Versicherten unverzichtbar. Besonders große Probleme mit der Altersvorsorge haben Frauen. Bedingt durch längere Familienphasen und Teilzeitbeschäftigung (2009 arbeiten mehr als 2/3 der Mütter mit kleinen Kindern Teilzeit) verdienen Frauen im Durchschnitt weniger und beziehen deshalb eine deutlich geringere Altersrente als Männer. So betrug 2008 die durchschnittliche gesetzliche Altersrente für langjährig Versicherte von Frauen 559,- € monatlich (Männer 1.017,- € mtl.). Auch die Hinterbliebenenversorgung, die sich aus der Rentenanwartschaft des verstorbenen Ehemannes ableitet und nach dem „neuen Hinterbliebenenrecht“ für die große Witwenrente bei 55 % liegt, wird sich wie das allgemeine Rentenniveau langfristig reduzieren.

 **SELBSTHILFE**
Pensionskasse der Caritas VVaG
Dürener Str. 341 · 50935 Köln · Tel. 0221/46015-0
Fax 0221/46015-47 · Internet: www.sh-rente.de



Jahresabschluss 2010

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

Posten

Anhang

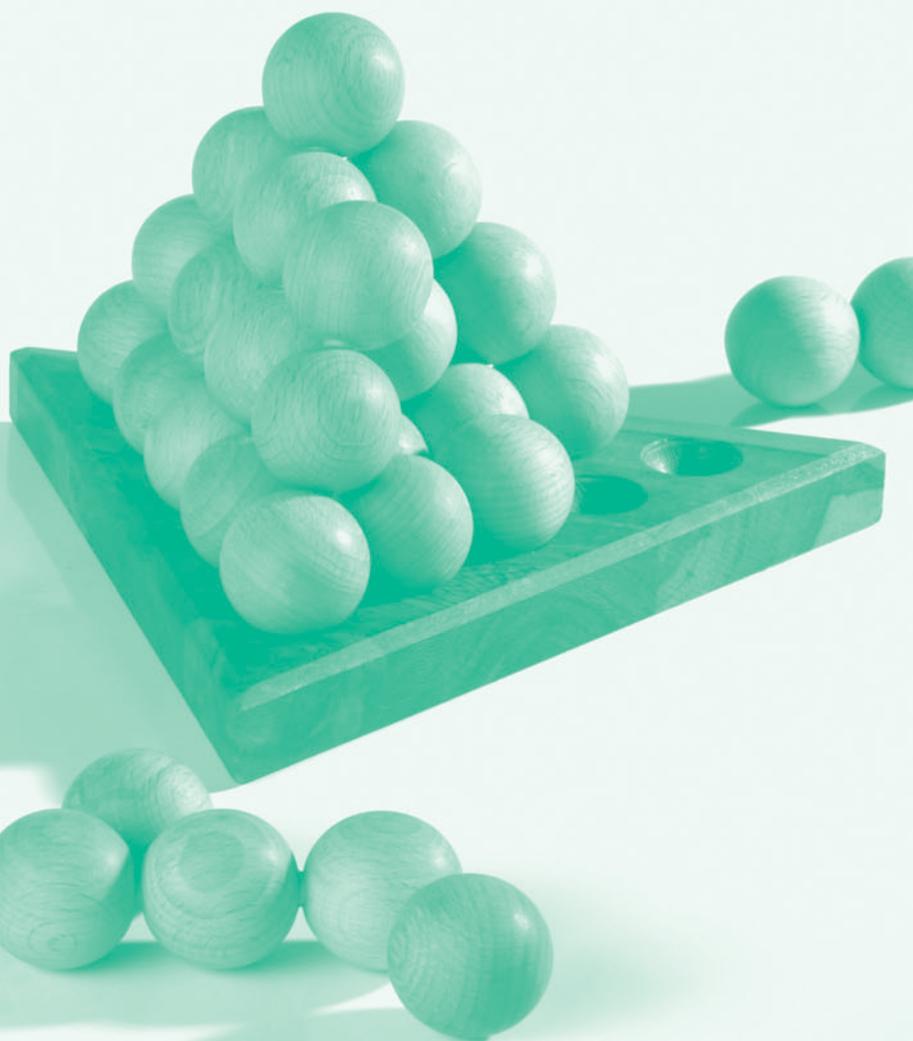
	€	€	2010 €	2009 Tsd. €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Gebuchte = verdiente Beiträge		14	8.133.061,69	8.159
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung		15	3.109.428,21	347
3. Erträge aus Kapitalanlagen:				
Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.544.875,40			3.813
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	19.592.709,86	16		<u>22.158</u>
			23.137.585,26	25.971
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			200,00	0
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	34.076.287,90			34.195
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>-171.671,14</u>			<u>162</u>
			33.904.616,76	34.357
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen				
Deckungsrückstellung			-4.677.282,02	-6.625
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			0,00	2.508
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb:				
a) Abschlussaufwendungen	217.161,63			210
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>295.224,81</u>			<u>266</u>
			512.386,44	476
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen:				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	2.492.110,27			2.626
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	1.406.812,73	17		584
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>97.600,00</u>			<u>9</u>
			<u>3.996.523,00</u>	<u>3.219</u>
10. Versicherungstechnisches Ergebnis/Übertrag:			644.030,98	542

Posten

		2010	2009
	€	€	Tsd. €
Übertrag:		644.030,98	542
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung:			
1. Sonstige Erträge	293.231,06		215
2. Sonstige Aufwendungen	<u>1.122.628,94</u>	<u>-829.397,88</u>	<u>478</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-185.366,90	279
4. Sonstige Steuern		1.038,44	1
5. Jahresüberschuss		0,00	278
6. Entnahmen aus der (i.Vj. Einstellungen in die) Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		-186.405,34	278
7. Bilanzgewinn		0,00	0

Bauen Sie jetzt Ihre Altersvorsorge auf...

- Hohe Garantien
- Sichere Renten
- Bedarfsgerechte Produkte



Mit der SELBSTHILFE, Ihrem zuverlässigen Partner mit über 55 Jahren Erfahrung. Wir beraten Sie individuell und kostengünstig. Rufen Sie uns an.

 **SELBSTHILFE**
Pensionskasse der Caritas VVaG
Dürener Str. 341 · 50935 Köln · Tel. 0221 / 4 60 15 0
Fax 0221 / 4 60 15 47 · Internet: www.sh-rente.de



Anhang

- ▶ Erläuterungen
- ▶ Bestätigungsvermerk
- ▶ Bericht des Aufsichtsrates

Erläuterungen

► ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2010

Die SELBSTHILFE ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit gemäß § 53 VAG. Für den vorliegenden Jahresabschluss waren im Wesentlichen folgende Gesetze und Verordnungen anzuwenden:

- Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV)
- Handelsgesetzbuch (HGB)
- Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)

Die Bilanzposten wurden wie folgt bewertet:

- Die Grundstücke werden zu Anschaffungskosten abzüglich verrechneter planmäßiger Abschreibungen bewertet (Nettomethode). Bei den Abschreibungen wird die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zugrunde gelegt.
- Alle Investmentzertifikate wurden gemäß § 341 b Abs. 2 HGB dauerhaft dem Geschäftsbetrieb gewidmet und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.
- Es mussten keine Abschreibungen wegen dauerhafter Wertminderung vorgenommen werden. Die Wertansätze für Investmentanteile enthalten stille Lasten. Sorgfältige Untersuchungen der Vermögensgegenstände im Master-Fonds ergaben, dass eingetretene Wertminderungen voraussichtlich vorübergehend sind. Hierbei wurden für die in den Segmenten des Fonds enthaltenen Rentenpapiere die Nominalwerte verwendet. Für Aktien wurde im Einklang mit der Einschätzung der BaFin hinsichtlich Wertaufholungspotenzialen ein Szenario mit einem Aufschlag von 20 % auf den Zeitwert angewendet.
- Die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen werden mit dem Nennwert ausgewiesen. Agio- oder Disagiobildungen waren nicht erforderlich.
- Die Hypothekendarlehen werden zum Nennwert abzüglich erfolgter Tilgungen bewertet.
- Andere Kapitalanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet.
- Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und sonstige Forderungen werden zum Nominalwert angegeben (notwendige Einzelwertberichtigungen wurden vorgenommen). Die Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag ausgewiesen.
- Die Sachanlagen, Vorräte und immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen bewertet.
- Die Guthaben bei Kreditinstituten wurden mit dem Nennwert angesetzt.

- ▶ Sonstige Rückstellungen wurden mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt.

▶ AKTIVA

Die Entwicklung der einzelnen unter A und B aufgeführten Anlagepositionen ist der Anlage 1 zum Anhang zu entnehmen.

1

▶ Zu B. Kapitalanlagen

- I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die Bewertung erfolgte nach der Nettomethode. Die planmäßigen Abschreibungen auf Gebäude erfolgten mit 2 %, 2,5 % sowie 3,3 %.

Die gesamten Abschreibungen auf Gebäude betragen 2010 € 556.812,73.

Beim Zugang nach BI handelt es sich um die Aktivierung von Aufwendungen aus Modernisierungsmaßnahmen.

Der Bilanzwert der eigengenutzten Grundstücke und Bauten beträgt € 1.772.827,18.

Der Zeitwert der Grundstücke und Bauten wurde im Allgemeinen nach der Ertragswertmethode zum 31. 12. 2010 ermittelt.

2

- II. Hierbei handelt es sich um eine Beteiligung an den Firmen HM Software Beteiligungs-GmbH, Düsseldorf, und CS-Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf.

Die Anteile am Eigenkapital betragen bei der HM Software Beteiligungs-GmbH € 12.550,00 (50 %), bei der CS-Beteiligungsgesellschaft mbH € 464.625,00 (50 %).

Die HM Software Beteiligungs-GmbH wird, da es sich um eine Vorratsgesellschaft handelt, mit dem Buchwert bewertet. Die CS-Beteiligungsgesellschaft mbH wird grundsätzlich mit ihrem Ertragswert bewertet; dieser entspricht aufgrund der Tatsache, dass sich die Gesellschaft noch in der Entwicklungsphase befindet, ebenfalls dem Buchwert.

3

- III. Der Zeitwert der Investmentanteile ergab sich aus den Kurswerten bzw. Rücknahmepreisen zum 30. 12. 2010.

Der Zeitwert der Hypotheken, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen wurde anhand einer mark-to-market-Bewertung vorgenommen.

Gliederung nach Bilanzposten	Buchwert €	Zeitwert €	Bewertungsreserven €
Grundstücke und Bauten	17.453.190,34	40.248.878,88	22.795.688,54
Beteiligungen	477.175,00	477.175,00	0,00
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	950.000,00	950.000,00	0,00
Investmentanteile	412.588.385,45	389.096.282,00	-23.492.103,45
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	292.102,79	292.102,79	0,00
Namenschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	140.300.000,00	141.213.206,00	913.206,00
Einlagen bei Kreditinstituten	12.325.000,00	12.325.000,00	0,00
sonstige Kapitalanlagen	30.000,00	30.000,00	0,00
Gesamt*	584.415.853,58	584.632.644,67	216.791,09

* Summe der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen

► Zusätzliche Angaben gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Die Selbsthilfe hält ca. 91,5 % der Anteile am PKC-Fonds. Zum 31. 12. 2010 betrug der Anteilswert des PKC-Fonds € 52,10. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhielt die SELBSTHILFE Ausschüttungen von insgesamt € 9.898.187,26. Davon entfielen auf die Schlussauszahlung Mitte Dezember über 9,3 Mio. €. Somit lag der Fondsanteilspreis am Jahresende um 7,1 % unter dem bei der SELBSTHILFE ausgewiesenen Buchwert. Der Fonds ist dauerhaft dem Geschäftsbetrieb gewidmet. Derzeit liegen keine Anzeichen für eine dauerhafte Wertminderung vor. Grund für diese Einschätzung ist das funktionierende Wertsicherungskonzept des Fonds.

Bei dem Fonds handelt es sich um einen Masterfonds, bei dem das gesamte Fondsvermögen auf unterschiedliche Anlagesegmente aufgeteilt wurde. Per 31. 12. 2010 gliederte sich das anteilige Fondsvermögen in nachfolgender Weise:

	Volumen €	Ziel	Benchmark
Segment 1	46,6 Mio.	Partizipation an der Performance europäischer Aktien	EURO STOXX 50
Segment 2	154,2 Mio.	lfd. positive Verzinsung	4 % p. a.
Segment 3	10,1 Mio.	Risiko-Overlay zu Segment 1	VaR
Segment 4	80,5 Mio.	Performance von Emerging-Market-Anleihen	breitdiversifizierter Index von Staatsanleihen
Segment 5	1,4 Mio.	Risiko-Overlay zu Segment 2	VaR
Gesamt	292,8 Mio.		

Emittentenstruktur im Direktbestand per 31.12.2010		€
Anlagen bei öffentlich-rechtlichen Banken		4.500.000,00
Anlagen bei privatrechtlichen Banken		147.825.000,00
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		950.000,00
Gesamt		153.275.000,00

► **Zu C. Forderungen**

- 4** **II.** Sonstige Forderungen
 Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Gründungsstockdarlehen in Höhe von € 4.800.000,00 an die Kölner Pensionskasse VVaG.

► **Zu D. Sonstige Vermögensgegenstände**

- 5** **III.** Andere Vermögensgegenstände
 In dieser Position sind die am Jahresende für Januar 2011 im Voraus gezahlten Renten enthalten.

► **Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten**

- 6** **II.** Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten
 Die sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten bestehen aus vorausgezählten Aufwendungen für Immobilien und sonstige Aufwendungen.

► **PASSIVA**

► **Zu A. Eigenkapital**

- 7** **I.** Verlustrücklage gemäß § 37 VAG
 Die Rücklage entwickelte sich wie folgt:

		€
Stand 31. 12. 2009		28.380.102,52
Entnahme		-186.405,34
Stand 31. 12. 2010		28.193.697,18

► Zu B. Versicherungstechnische Rückstellungen

8

1. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung ist für die Leistungsverpflichtung in Höhe ihres Wertes einschließlich bereits zugeteilter versicherungsmathematisch errechneter Überschussanteile und nach Abzug des versicherungsmathematisch ermittelten Barwertes der künftigen Beiträge gebildet (prospektive Methode).

Aufgrund der Neuberechnung waren der Deckungsrückstellung € 4.677.282,02 zu entnehmen. Damit beläuft sich diese Bilanzposition auf € 563.149.941,21.

Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung wurden folgende biometrische Rechnungsgrundlagen angewandt:

Rentenversicherung:

Unternehmenseigene Rechnungsgrundlagen auf der Basis der Richttafeln 1998 von Dr. Klaus Heubeck (Äquivalente Abbildung der Trendfunktion 1. Ordnung der Lebenserwartung der Sterbetafel der Lebensversicherer DAV 2004 R).

Sterbegeld:

Sterbetafeln 1986 Frauen/Männer

Rechnungszins:

- a) Altbestand im Sinne des § 11 c VAG: 3,50 %
- b) Neubestand: 3,50 % (Geschäft bis 30.06.2000)
3,25 % (Geschäft 01.07.2000 bis 31.12.2003)
2,75 % (Geschäft 01.01.2004 bis 31.12.2006)
2,25 % (Geschäft seit 01.01.2007)

Verwaltungskosten:

a) Altbestand im Sinne des § 11 c VAG

- Geschäft bis 31.12.1993:
4,0 % des Barwertes der Leistungen und des Barwertes der Beiträge
- Geschäft vom 01.01.1994 bis 31.12.1996:
Für beitragsfreie Versicherungsjahre wurde geschäftsplanmäßig einzelvertraglich eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet. Im Übrigen wurden die Kosten geschäftsplanmäßig implizit berücksichtigt.

b) Neubestand:

wie Altbestand „Geschäft vom 01.01.1994 bis 31.12.1996“

9

II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt einzelfallbezogen unter Berücksichtigung der satzungsmäßigen Verjährungsfristen und unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 341 g Abs. 2 HGB.

10

III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	€
Stand 31. 12. 2009	6.207.532,83
Entnahme zur Erhöhung der versicherten Leistungen	3.109.428,21
Stand 31. 12. 2010	3.098.104,62

11

► Zu C. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	€
Altersversorgung	234.371,00

II. Sonstige Rückstellungen

	Stand 01. 01. 2010 €	Inanspruchnahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31. 12. 2010 €
Aktuariat	21.557,00	15.000,00	6.557,00	15.000,00	15.000,00
Urlaubsansprüche	14.354,17	0,00	5.535,88	0,00	8.818,29
Jahresabschlussprüfung	25.000,00	19.635,00	5.365,00	25.000,00	25.000,00
Archivierung	42.000,00	0,00	3.500,00	0,00	38.500,00
Rechtsanwaltsgebühren	23.500,00	13.500,00	10.000,00	0,00	0,00
Sonstige	256.460,00	61.998,14	0,00	61.240,00	255.701,86
Summe sonstige Rückstellungen	382.871,17	110.133,14	30.957,88	101.240,00	343.020,15

Die Pensionsrückstellungen sind entsprechend den Zusagen für die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder gebildet. Sie werden gemäß extern erstelltem versicherungsmathematischen Gutachten auf Basis der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 5,15 % ermittelt. Für die Handelsbilanz wurde die PUC-Methode verwendet.

► **Zu D. Andere Verbindlichkeiten**

12

II. Sonstige Verbindlichkeiten

Unter den ausgewiesenen sonstigen Verbindlichkeiten befinden sich € 690.340,06 grundbuchlich gesicherte Hypotheken mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Des Weiteren sind hier Verbindlichkeiten in Höhe von € 1.096.306,40 gegenüber der Kölner Pensionskasse enthalten, die aus den für die Gesellschaft von der Kölner Pensionskasse erbrachten Dienstleistungen resultieren, sowie aus der treuhänderischen Verwaltung verschiedener Schuldscheindarlehen durch die Kölner Pensionskasse.

13

► **Zu E. Rechnungsabgrenzungsposten**

Hier sind mit € 38.986,72 Mietvorauszahlungen und Kautionen für 2011 erfasst.

► ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. Versicherungstechnische Rechnung

14 ► Zu 1. Gebuchte = verdiente Beiträge

Die Mitgliedsbeiträge setzen sich wie folgt zusammen:

Gebuchte Beiträge	2010 €	2009 €
Laufende Beiträge	7.830.171,84	7.969.074,92
Einmalbeiträge	302.889,85	190.253,18
Gesamt	8.133.061,69	8.159.328,10

Die Beiträge entfallen ausschließlich auf Einzelverträge mit Gewinnbeteiligung.

15 ► Zu 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Erfolgswirksame Auflösung der Vorjahresrückstellung für die Überschussbeteiligung der Versicherungsverträge. In Höhe des Auflösungsbetrages wurde die Deckungsrückstellung dotiert.

16 ► Zu 3.b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

	2010 €	2009 €
Ausleihungen aus Beteiligungsunternehmen	115.677,78	191.562,50
Investmentanteile	13.509.088,29	15.439.335,47
Hypothekendarlehen	15.488,98	21.448,78
Namensschuldverschreibungen	1.387.191,16	855.999,94
Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.401.536,94	4.970.712,50
Tages- und Festgeldzinsen	161.626,71	677.411,28
Andere Kapitalanlagen	2.100,00	1.131,69
Gesamt	19.592.709,86	22.157.602,16

► **Zu 9.b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen**

Die Abschreibungen setzen sich aus € 556.800 auf Grundstücke (planmäßige AfA) sowie aus € 850.000 Einzelwertberechtigungen auf Schuldscheinforderungen zusammen.

► **Zusammensetzung der Personalaufwendungen nach § 51 Abs. 5 RechVersV**

Die Personalaufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2010 €	2009 €
Löhne und Gehälter	911.987,07	881.350,26
Sozialabgaben und Aufwendungen für Unterstützung	148.828,83	145.602,29
Aufwendungen für Altersversorgung	42.235,87	40.472,19
Gesamt	1.103.051,77	1.067.424,74

► **Sonstige Angaben**

Die SELBSTHILFE beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 14 Mitarbeiter einschließlich der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind auf Seite 5 namentlich aufgeführt. Die Mitglieder des Aufsichtsrates und 2 Mitglieder des Vorstandes sind ehrenamtlich tätig unter Erstattung ihrer Aufwendungen.

Unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angabe der Vorstandsbezüge verzichtet.

Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer entstanden im Geschäftsjahr in Höhe von € 42.850,00.

► **An Organmitglieder waren im Berichtsjahr folgende Kredite vergeben:**

Hypothekendarlehen an Mitglieder des Vorstandes:

Nominalbetrag	€ 340.000,00
Davon in Anspruch genommen	€ 340.000,00
Zins	4,2 % p. a.
Tilgung	2,8 % p. a. zuzüglich ersparter Zinsen
Sicherheit	erstrangige Hypothek
Eingegangene Haftungsverhältnisse	keine

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse einschließlich Pfandbestellungen und Sicherheitsübereignungen bestanden nicht. Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln und Schecks waren gleichfalls nicht vorhanden. Die von den Mietern zum Zweck der Kautionsgestaltung hinterlegten Sparbücher wurden treuhänderisch verwahrt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden aufgrund der Bücher und sonstigen Unterlagen erstellt. Die Jahresbilanz enthält alle Vermögensgegenstände und Verpflichtungen. Das Versicherungsvermögen ist satzungsgemäß angelegt.

Köln, den 15. April 2011

Der Vorstand der SELBSTHILFE
Pensionskasse der Caritas
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit



Christof Heinrich



Michael Wrobel



Dirk Puspas



Willy Schmitz

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SELBSTHILFE Pensionskasse der Caritas WaG, Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (insbesondere der §§ 341 ff. HGB und der RechVersV) und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Pensionskasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 341 k HGB in Verbindung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 18. April 2011
a x i s Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dr. Lothar Horbach
Wirtschaftsprüfer



Erik Barndt
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 2010

Der Aufsichtsrat ließ sich im Geschäftsjahr 2010 durch mündlichen und schriftlichen Vortrag des Vorstandes des Versicherungsvereins mit der gebotenen Regelmäßigkeit über die Geschäftsentwicklung unterrichten.

Der Aufsichtsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

Der Abschlussprüfer *a x i s* Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, hat den Lagebericht und den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchhaltung geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Bemerkungen zum Bericht des Abschlussprüfers sind seitens des Aufsichtsrates nicht zu machen.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht und den Jahresabschluss gebilligt. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Bericht des Vorstandes an und empfiehlt der Vertreterversammlung, den Jahresabschluss 2010 in der vorgelegten Form anzunehmen.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die Überschussverwendung entsprechend dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu beschließen und die hierzu erstellte Vorlage zu TOP 5 der Tagesordnung der Vertreterversammlung zu verabschieden.

Köln, den 18. Mai 2011



Peter Wemhoff
Vorsitzender des Aufsichtsrates



Anlagen

- ▶ Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen
- ▶ Entwicklung der Aktivposten
- ▶ Überschussverwendung

► **Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2010**

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner			Hinterbliebenenrenten					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²⁾ in €	Witwen	Witwer	Waisen	Witwen	Witwer	Waisen
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	2.676	10.216	1.327	8.189	30.790.559,40	832	10	22	1.436.728,20	4.607,40	7.876,92
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	158	546	52	302	1.125.071,76	26	2	-	38.136,60	134,52	-
2. Sonstiger Zugang ¹⁾	15	96	-	-	5.446,20	-	-	-	99,96	26,28	8,16
3. Gesamter Zugang	173	642	52	302	1.130.517,96	26	2	-	38.236,56	160,80	8,16
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	6	6	55	302	783.478,68	59	-	-	75.126,36	-	-
2. Beginn der Altersrente	38	241	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	6	24	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	4	30	50.063,40	-	-	13	-	-	3.981,12
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rück- kaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	12	43	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6. Sonstiger Abgang	-	4	9	39	487,40	-	-	-	-	-	-
7. Gesamter Abgang	62	318	68	371	834.029,48	59	-	13	75.126,36	-	3.981,12
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	2.787	10.540	1.311	8.120	31.087.047,88	799	12	9	1.399.838,40	4.768,20	3.903,96
davon beitragsfreie Anwartschaften	1.176	5.352	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) z.B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente

2) Einzuseiten ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

► Entwicklung der Aktivposten A und B I., B II. und B III. im Geschäftsjahr 2010

	Anteile	Bilanzwerte	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen	Bilanzwerte	Anteile
	VJ	31. 12. 2009				31. 12. 2010	GJ
		€	€	€	€	€	
A Immaterielle Vermögensgegenstände							
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	0,1 %	729.560,00	278.011,37	0,00	114.288,37	893.283,00	0,2 %
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken							
	3,0 %	17.892.851,59	117.151,48	0,00	556.812,73	17.453.190,34	3,0 %
B II. Beteiligungen							
1. Beteiligungen	0,1 %	477.175,00	0,00	0,00	0,00	477.175,00	0,1 %
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,1 %	700.000,00	250.000,00	0,00	0,00	950.000,00	0,2 %
Summe B II.:	0,2 %	1.177.175,00	250.000,00	0,00	0,00	1.427.175,00	0,2 %
B III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	69,8 %	413.576.285,45	0,00	987.900,00	0,00	412.588.385,45	70,5 %
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0,1 %	372.241,97	0,00	80.139,18	0,00	292.102,79	0,0 %
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	2,6 %	15.500.000,00	42.000.000,00	4.000.000,00	0,00	53.500.000,00	9,1 %
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	19,7 %	116.850.000,00	800.000,00	30.000.000,00	850.000,00	86.800.000,00	14,8 %
4. Einlagen bei Kreditinstituten	4,5 %	26.400.000,00	0,00	14.075.000,00	0,00	12.325.000,00	2,1 %
5. Andere Kapitalanlagen	0,0 %	30.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00	0,0 %
Summe B III.:	96,7 %	572.728.527,42	42.800.000,00	49.143.039,18	850.000,00	565.535.488,24	96,6 %
Aktivposten B gesamt:	99,9 %	591.798.554,01	43.167.151,48	49.143.039,18	1.406.812,73	584.415.853,58	99,8 %
Aktivposten A und B insgesamt:	100,0 %	592.528.114,01	43.445.162,85	49.143.039,18	1.521.101,10	585.309.136,58	100,0 %

Überschussverwendung

Die Vertreterversammlung hat am 19. 05. 2010 dem Vorschlag des Verantwortlichen Aktuars folgend, den nachstehenden Beschluss gefasst:

- a) 10 % des Jahresüberschusses in Höhe von 2.786.834,00 €, also 278.683,00 €, werden der Verlustrücklage zugeführt.
- b) Jeder am 31. 12. 2009 bestehenden Versicherung wird mit Wirkung zum 01. 01. 2011 eine unbefristete Leistungserhöhung gewährt, die sich aus einem Einmalbeitrag (bei den Altтарifen – Geschäft bis 31. 12. 1993 – unter Berücksichtigung des Verwaltungskostensatzes von 4,0 %, bei allen anderen Tarifen der geschäftsplanmäßige Einmalbeitrag) in Prozent der Deckungsrückstellung der jeweiligen Versicherung zum 31. 12. 2009 ergibt. Der Prozentsatz beträgt für

Bestandsgruppe 1 (Altbestand)

Gewinnverband 1 (Geschäft bis zum 31. 12. 1993):	0,50 %
Gewinnverband 2 (Geschäft vom 01. 01. 1994 bis 31. 12. 1996):	0,75 %

Bestandsgruppe 2 (Neubestand)

Gewinnverbände 1 und 3 (Geschäft vom 01. 01. 1997 bis 30. 06. 2000):	0,75 %
Gewinnverbände 4 und 6 (Geschäft vom 01. 07. 2000 bis 31. 12. 2003):	1,00 %
Gewinnverbände 7 und 8 (Geschäft ab 01. 01. 2004 bis 31. 12. 2006):	1,50 %
Gewinnverbände 9 und 10 (Geschäft ab 01. 01. 2007):	2,00 %

Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig ohne Stimmenthaltung.



Geschäftsbericht 2010

SELBSTHILFE

Pensionskasse
der Caritas VVaG

Dürener Straße 341
50935 Köln
Telefon (02 21) 46 01 5-0
Telefax (02 21) 46 01 5-46
Info@sh-rente.de
www.sh-rente.de

Register-Nr. BaFin 2164